



Die Woche im Bundestag



Profil schärfen, vernünftig für Deutschland arbeiten. Künstliche Intelligenz.

Die Parteien in der Großen Koalition schärfen in diesen Tagen ihre Profile. Das ist in Ordnung und auch ihre Aufgabe. Parteien sollen die langfristige Ausrichtung formulieren. Das hat die Union gemacht mit ihren Beschlüssen zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Auch das Werkstattgespräch der CDU zur Migrationspolitik unter Beteiligung wichtiger CSU-Politiker diene diesem Zweck.

Die SPD richtet sich mit ihrem Sozialstaatspapier nach links aus. Wir



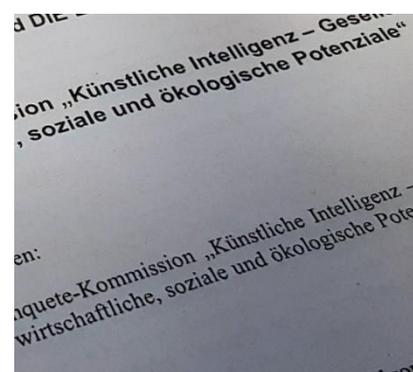
nehmen diese Planspiele zur Kenntnis. In der Sache bleiben wir dabei: Wir kümmern uns darum, dass die Menschen möglichst

Arbeit haben und im Fall von Arbeitslosigkeit schnell wieder Arbeit finden. Damit liegen wir richtig: 90% der Bezieher von Arbeitslosengeld I beziehen dies weniger als ein Jahr. Wir wollen nicht den Sozialstaat umbauen, sondern Rahmenbedingungen für eine gute Wirtschaft setzen.

Die Arbeitsatmosphäre in der Großen Koalition ist gut. Es gibt einen Koalitionsvertrag, zu dem wir stehen und den wir erfüllen wollen. Wir wollen mehr Sicherheit, eine bessere Infrastruktur, bessere Bedingungen für Familien und Kinder, klugen Umweltschutz. Bei allen Vorhaben ist uns vor allem eine solide Haushaltspolitik weiterhin wichtig. Damit haben wir alle Hände voll zu tun.

Am Freitag haben wir das Thema Künstliche Intelligenz (KI) beraten. Bereits zum Wochenbeginn hatte die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“ die Reihe von Impulsvorträgen ihrer sachverständigen Mitglieder fortgesetzt. Mit der neuen Strategie der Bundesregierung zur Förderung der künstlichen Intelligenz in Deutschland und damit zugleich zur Sicherung des Wettbewerbsstandorts sollen bis 2025 Mittel in Höhe von 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel soll eine Hebelwirkung vor allem in Wirtschaft



und Wissenschaft und Ländern ausgelöst werden.

Deutschland soll zu einem führenden Standort in

der künstlichen Intelligenz ausgebaut werden – beispielsweise durch 100 neue KI-Professuren und durch ein Deutsch-Französisches Forschungs- und Innovationsnetzwerk. Im Mittelpunkt soll dabei die verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Entwicklung und Nutzung der künstlichen Intelligenz stehen.

Kinder besser vor Missbrauch schützen

Für die Unions-Bundestagsfraktion gehört der Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Mit einem großen Maßnahmenpaket der Rechts- und Familienpolitiker nehmen wir deshalb den Kampf für einen wirksameren Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexuellen Missbrauch auf.

In dem 26 Punkte umfassenden Positionspapier wird herausgearbeitet, wie künftig Hilfesysteme für die Betroffenen ausgebaut, die Ermittlungstätigkeiten gestärkt, konsequente Strafverfolgung ermöglicht und Präventionsangebote gestärkt und ausgebaut werden sollen. Dieses Papier können Sie sich [hier](#) herunterladen.



Jedes Jahr erleiden zehntausende Kinder und Jugendliche sexuelle Gewalt – sei es in der eigenen Familie, im sozialen Umfeld, in Bildungseinrichtungen oder bei der Nutzung digitaler Medien. Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2017 spricht von 13.500 angezeigten Fällen. Die Dunkelziffer dürfte noch um ein Vielfaches höher sein. Wissenschaftlich nachgewiesene Zusammenhänge zwischen den belastenden Erlebnissen und einer Vielzahl an psychischen und körperlichen Auffälligkeiten machen deutlich, dass das gesamte Leben der betroffenen Kinder

und Jugendlichen durch die Missbrauchserfahrungen geprägt bleibt.

Härtere Strafen

Auch wenn bereits in der vergangenen Legislaturperiode mit einer Verschärfung des Sexualstrafrechts eine erste wichtige Verbesserung im Kinderschutz erreicht worden ist, bedarf es einer noch weit umfassenderen Agenda, um wirksam gegen Kindesmissbrauch vorzugehen. Und diese Agenda sieht etwa eine Strafverschärfung für den Besitz von Kinderpornographie ebenso vor wie die Verschärfung des Tatbestandes des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen. Geplant ist außerdem die Schaffung eines neuen Tatbestandes, der das Betreiben von Handelsplattformen etwa zur Vermittlung kinderpornografischen Materials im sogenannten Darknet unter Strafe stellt. Und schon der Versuch des sogenannten Cybergroomings – die Kontaktaufnahme pädokrimer Täter mit Kindern im Internet – soll künftig strafbar sein.

Mehr Befugnisse für Ermittler

Aber auch den Ermittlern sollen mehr Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, um der Täter habhaft zu werden. So sollen etwa die Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden können, Verbindungsdaten länger zu speichern. Dies vor allem mit dem Ziel, in erster Linie die Anbieter von kinderpornographischem Material überwachen zu können. Bei allen datenschutzrechtlichen Einwänden besteht dabei kaum die Gefahr, dass unbeteiligte Bürger ins Visier geraten. Eine weitere Forderung ist darauf gerichtet, eine gesetzliche Meldepflicht für Internet Service Provider einzuführen bei Verdachtsfälle von Kinderpornographie – wie es in den USA längst gang und gäbe ist.

Hilfe und Prävention

Wir wollen aber auch die Hilfesysteme für Betroffene stärker ausbauen. Ein Ansatz sind hier die spezialisierten Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend, die es jetzt auch als „mobile Fachberatungsstellen“ geben soll. Hierfür haben wir bereits im Bundeshaushalt Mittel erkämpft. In bisher nicht versorgten ländlichen Regionen

werden mobile Teams aufgebaut, um Betroffene und ihre Familien künftig vor Ort beraten und unterstützen zu können. Im Hinblick auf Prävention sollen u. a. Schutzkonzepte gegen sexuellen Kindesmissbrauch in allen Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten, etabliert werden. Ehrenamtliche Vormünder sollen künftig ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. Außerdem möchte sich die Union dafür einsetzen, dass bei einem Erfolg des zurzeit als Modell laufenden Präventionsprogramms „Kein Täter werden“, eine Teilnahme als Kassenleistung anerkannt wird. Jetzt wollen wir uns zügig mit der SPD über Verbesserungen einigen.

Europäischer Tag des Notrufs



Nicht nur am europäischen Tag des Notrufs geht es um mehr Respekt für unsere Rettungskräfte. Es ist besorgniserregend, wie vor allem bei Verkehrsunfällen Rettungskräfte von

Schaulustigen behindert oder beleidigt werden. Auf Initiative der Union wurden deshalb im Jahr 2017 die Strafvorschriften zum Schutz von Polizeibeamten und Rettungskräften verschärft. So wurde ein neuer Straftatbestand des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ geschaffen. In Paragraph 114 Strafgesetzbuch sind nun Freiheitsstrafen zwischen drei Monaten und fünf Jahren vorgesehen.

Die Woche im Parlament

Zweites Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes – Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende. Wir beschlossen in 2./3. Lesung ein Gesetz, um die Anzahl der freiwilligen Organspenden durch gezielte strukturelle Maßnahmen in den Krankenhäusern zu verbessern. Das Gesetz sieht u.a. bundeseinheitliche Freistellungsregelungen für Transplantationsbeauftragte in Kliniken und neue Vergütungsregelungen für Entnahmekrankenhäuser vor, um die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen dort zu verbes-

sern. Der Gesetzentwurf sieht auch die Einrichtung eines neurochirurgischen und neurologischen konsiliarärztlichen Rufbereitschaftsdienstes und die Einrichtung einer Qualitätssicherung in den Entnahmekrankenhäusern vor. Außerdem werden neue Regelungen, die zu einer Verbesserung des Austauschs von anonymisierten Schreiben zwischen dem Organempfänger und den nächsten Angehörigen des Organspenders führen werden, verabschiedet.

Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch.

Nach dem Beschluss im Kabinett letzte Woche haben wir in 1. Lesung einen Gesetzentwurf mit dem Ziel beraten, die Information von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, zu verbessern. Zugleich soll Rechtssicherheit insbesondere für Ärzte und Krankenhäuser geschaffen werden. Besonders hervorzuheben ist, dass das Verbot der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch bestehen bleibt, um den Schutz ungeborenen Lebens zu gewährleisten.

Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016.

Im Berichtszeitraum 2014 bis 2016 hat sich die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten in einer Reihe von Städten und Regionen verschärft. Vor allem in den größten deutschen Städten und vielen Universitätsstädten sind aufgrund regen Zuzugs Wohnungsmarktengpässe mit steigenden Mieten und Preisen zu verzeichnen. Bundesweit stiegen die Angebotsmieten aus Wohnungsinseraten von 2014 bis 2016 spürbar um insgesamt 8,3%. Im Jahr 2015 entlastete die öffentliche Hand mit Wohngeld und der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung rund 4,2 Mio. Haushalte mit 16,8 Mrd. Euro wirkungsvoll bei den Wohnkosten. Damit profitierten 11% aller Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten. Nicht zuletzt in Folge des hohen Engagements der Wohnungspolitik hat der Markt in den letzten Jahren auch auf die hohe Nachfrage nach Wohnraum mit einer deutlich gestiegenen Neubau-

aktivität reagiert. Die Bundesregierung hat ihrerseits eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren oder die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Einige Maßnahmen sind bereits umgesetzt wie etwa das Baukindergeld.

Red Hand Day 2019

Am 12. Februar war der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Weltweit gibt es bis zu 250.000 Kindersoldaten. Am „Red Hand Day“ fordern Menschen auf der ganzen Welt mit roten Handabdrücken, dass es keine Kindersoldaten mehr geben darf.



Auch in diesem Jahr habe ich mich wieder beteiligt. Dieser Missbrauch ist ein kaum jemals wieder gutzumachendes Verbrechen an Kindern, was mir in meiner Arbeit im Bundesministerium in Kriegsregionen der Erde aber leider immer wieder begegnet. Deshalb ist jeder Einsatz gegen Kindersoldaten, auch die politische Sensibilisierung, immer wieder erforderlich.

Aus dem Bundesministerium (BMZ)

Besuch in Côte d'Ivoire und Mali

Anfang Februar bin ich ins Reformpartnerland Côte d'Ivoire und das Sahel-Land Mali gereist, um mir einen Eindruck vom Kontext der Entwicklungszusammenarbeit in Westafrika zu verschaffen – in Mali, wo über 1000 Deutsche aus Bundeswehr und Polizei erst die Voraussetzungen dafür schaffen, mit besonderen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

In Côte d'Ivoire habe ich mit dem Premierminister über das Geschäfts- und Investitions-

klima und die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen in 2020 gesprochen. Zudem habe ich ihm die ersten 100 der von der Bundeskanzlerin versprochenen Moskitonetze überreicht.



Weitere Gespräche habe ich mit den Energie-, Landwirtschafts- und Justizministern vor allem zur Reformpartnerschaft und den Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft geführt.

Beim Besuch einer Kakao-Genossenschaft und Anbauflächen außerhalb Abidjans habe ich mich über Kinderarbeit, existenzsichernde Löhne, Entwaldung und weitere Herausforderungen im Kakaosektor informiert.



In Mali ermöglichten Gespräche mit dem Landwirtschaftsminister und der Ministerin für Staatsreform und Transparenz, die Erwartungen der deutschen Seite mit Blick auf die Regierungsverhandlungen im April zu kommunizieren.

Bei einer Veranstaltung im Landwirtschaftsministerium konnte ich den deutschen Beitrag zur "Sahel Resilience Initiative" des Welternährungsprogramms verkünden: Bis

Ende 2018 sollen mit 55 Mio. Euro die Resilienz besonders vulnerabler Bevölkerungen gegenüber dem Klimawandel und wirtschaftlichen Schocks gesteigert werden. Diese Zusammenarbeit ist ein Symbol für den gelungenen „Nexus“ aus humanitärer Nothilfe, strukturbildender Übergangshilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit.

Daten und Fakten

Deutsche Exporte im Jahr 2018 auf Rekordniveau.



Deutschland hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1.317,9 Mrd. Euro exportiert

und Waren im Wert von 1.090 Mrd. Euro importiert. Die deutschen Exporte im Jahr 2018 übertrafen die Vorjahresexporte somit um 3%, die Importe stiegen um 5,7%. Exporte und Importe übertrafen 2018 die bisherigen Höchstwerte aus dem Jahr 2017. In die Mitgliedstaaten der EU wurden 2018 Waren im Wert von 778,7 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von 623,0 Mrd. Euro von dort importiert. In Ländern außerhalb der EU wurden 2018 Waren im Wert von 539,2 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von 467,0 Mrd. Euro aus diesen Ländern importiert. (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info